

Stader Politik eiert durch Anträge

Von Wilfried Stief

STADE. Es wurde wortreich und lange diskutiert. Heraus kam – nichts. So war die Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Sicherheit und Verkehr wahrlich keine Sternstunde kommunalpolitischer Arbeit. Dabei fing es mit einer Überraschung an.

Vorsitzender Bernd Pensing erklärte den Politikern, dass auf ihren Plätzen „Verhüterlis“ lägen, die auch benutzt werden müssten. Doch ehe es zu schlimmsten Fantasien kommen konnte, erklärte er auch, wie er es gemeint hatte. Wer in Corona-Zeiten einen Redebeitrag beisteuern wolle, müsse ans Mikrofon treten und den kleinen Plastikbeutel darüber ziehen.

Redebeiträge gab es zahlreiche. Das lag an den drei Anträgen, die jeder für sich eine interessante Thematik aufwiesen. Allerdings waren sie so unprofessionell vorbereitet, dass die Antragsteller sie am Ende allesamt selbst wieder zurückzogen und nochmaliges Nachdenken gelobten. Viel Rauch um nichts also.

Grundsätzlich gute Idee, aber ...

Den SPD-Antrag stellte Bernhard Augustin vor. Danach sorgt die Stadt für die Einrichtung und den Betrieb eines Warendepots, zum Beispiel im neuen Parkhaus. Von dort holen die Händler ihre Pakete mit dem Lastenfahrrad, einem E-Fahrzeug oder einem Karren ab oder lassen abholen. Effekt laut Antrag: „Der Lieferverkehr könnte so deutlich entspannter, koordinierter und umweltfreundlicher stattfinden“. Zudem würden in der City Konflikte mit Fußgängern verringert.

„Gut gemeint, aber schlecht gemacht“, stuft der Grüne Tobias Archut den Vorschlag ein. Lieferfahrzeuge seien zu groß fürs Parkhaus und was sage überhaupt der Einzelhandel dazu, fragte Archut und urteilte, dass alles „halb ausgegoren“ sei. Ingrid Bardenhagen (CDU) sah schon angesichts großer Liefermengen den ganzen Tag über Lastenfahrräder durch die Innenstadt gondeln. Wie denn große Mengen transportiert werden sollten, trieb auch Christoph von Schassen (CDU) um.

Und Wolf Vincent Lübcke (Piraten) fragte laut, was es für die Empfänger attraktiv mache, sich darauf einzulassen, schließlich müssten sie dann zwei Mal zahlen. Eine Einschätzung hatte auch Erster Stadtrat Dirk Kraska parat: Wenn

etwas mehr kostet, liege die Akzeptanz schnell bei null. Und zusammen mit Frank Scherer (WG) vertrat Kraska die Einschätzung, dass die Stadt solch ein Depot gar nicht betreiben dürfe. Kraska empfahl, dass sich die SPD noch mal Gedanken über die grundsätzlich gute Idee machen solle.

Zebrastreifen hat keine Chance

Nicht ganz so glimpflich kam Pirat Wolf Vincent Lübcke mit seinem Antrag für die FDP-UBLS-Piraten-Gruppe davon. Lübcke wollte, dass die Stadtverwaltung Radwege daraufhin überprüft, ob dort nicht auch E-Bikes fahren können. Einhelliger hätte die Ablehnung nicht ausfallen können: Die auf Knopfdruck schnellen Zweiräder auf den Fußweg zu bringen, diene nicht der Sicherheit, sagten Martina Bredendiek (SPD) und Christoph von Schassen unisono. Außerdem verfolge die Stadt gerade das Gegenteil und biete immer mehr Radlern die Straße als Fahrbahn an. Lübcke zog zurück.

Der zweite SPD-Antrag, der einen Zebrastreifen vor der Pestalozzi-Grundschule vorschlug, um für mehr Sicherheit zu sorgen, war ganz schnell zum Scheitern verurteilt. 50 Fußgänger und zeitgleich 200 Autos sind Grundvoraussetzungen, so Kraska. Und in diesem Fall eine unüberwindliche Hürde. Um das in Erfahrung zu bringen, braucht es keinen Antrag. Ein Anruf hätte genügt.